

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 06. November 2003 um 18.05 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Bürgermeister Böhm

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. Küntzer

Stadtrat Rank

Stadtrat Schardt

Stadträtin Schwab

Stadträtin Stocker

Stadtrat Straßberger

Stadträtin Wallrapp

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab 18.25 Uhr; Ziff. 1)

2. Bürgermeisterin Gold

Stadtrat Heisel

Stadträtin Heisel

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Jeschke

Stadtrat Dr. Kröckel

Stadtrat Mahlmeister

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Ley

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May

Stadtrat Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt (bis 19.08 Uhr; Ziff. 4)

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner

Amtsrat Teichmann

Dipl.-Ing. Lepelmann

Silke Elzenbeck (Ziffer 1)

Simone Heller (Ziffer 1)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Haag

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Perspektiven für Jugendarbeit 2004 und 2005

A) Nach den Ausführungen von Silke Elzenbeck und Simone Heller, bedankt sich Stadtrat Dr. Küntzer für die gute Arbeit und bittet um Zustimmung für den Vorschlag 1 b der Verwaltung.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU stimmt dem Vorschlag 1 b der Verwaltung zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Auch die SPD stimmt für die Variante 1 b.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW stimmt ebenfalls für 1 b. In diesem Zusammenhang erinnert Stadtrat Müller an seinen Hinweis in einer der vergangenen Sitzung. Er hat damals auf den schlechten Zustand des Jugendtreffs am Neuen Friedhof aufmerksam gemacht. Er berichtet, dass er ein Gespräch mit den Jugendlichen geführt hat und diese ihm versichert haben, künftig den Jugendtreff besser zu säubern.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW stimmt für den Vorschlag 1 b.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Auch die KIK stimmt zu.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt stimmt dagegen für die Variante 1 a.

C) - Mit 27 : 2 Stimmen –

1. Für den Bereich der Stadtjugendpflege in Kitzingen werden für die Jahre 2004 und 2005 nachfolgende Jahresbudgetsummen bereitgestellt:

UA 4050	Jugendpflege	89.100 € (incl. 22.200 € f. 0,5 Netzwerker)
UA 4606	Zentrale Anlaufstelle	19.910 €
UA 4609	Dezentrale Jugendarbeit	80.000 €
1.4609.9320	Dezentrale Treffs	12.000 €
Gesamt		201.010 €

2. Der Stadtrat stimmt den geplanten Jahresthemen der Stadtjugendpflege: Mitbestimmung, Bildung und Kultur für das Jahr 2004 zu.

2. Regionalplan der Region 2 – Würzburg - fünfte Änderung –

- Mit 29 : 0 Stimmen –

Gegen die fünfte Änderung des Regionalplanes der Region Würzburg (2) in der Fassung vom 09.04.2003 bestehen in soweit keine Bedenken, wenn die vorgeschlagenen Ergänzungen zu A II und A IV Berücksichtigung finden.

Zu A II Nr. 3.1. sollte ergänzt werden:

Die interkommunale Kooperation innerhalb der Region soll intensiviert werden. Dies gilt für den Stadt- und Umlandbereich im Verdichtungsraum Würzburg in besonderem Maße, aber auch für zentrale Orte Mittlerer Stufe im Bereich der Entwicklungsachsen von überregionaler Bedeutung.

Zu A IV Nr. 2.4 sollte ergänzt werden:

Eine stärkere Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander soll in allen Entwicklungsachsenabschnitten im Verdichtungsraum Würzburg, im Verlauf der Entwicklungsachsen im Maintal und den angrenzenden ländlichen Räumen, sowie im Verlauf der Entwicklungsachsen von überregionaler Bedeutung Würzburg-Schweinfurt und Würzburg-Kitzingen-Nürnberg angestrebt werden.

3. Regionalplan der Region Würzburg (6. Änderung)

Ausweisung Vorbehaltsgebiet für gewerbl. Siedlungstätigkeit „Gieshügler Höhe“

- Mit 29 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen stimmt der geplanten 6. Änderung des Regionalplanes der Region Würzburg

hier: Ausweisung eines Vorranggebietes für gewerbliche Siedlungstätigkeit im Bereich „Gieshügler Höhe“ nicht zu.

4. Mobilfunk in Kitzingen

Ergebnisse „Runder Tisch“ / Weiteres Vorgehen

A) 2. Bgmin. Gold berichtet eingangs über die bisher stattgefundenen Gespräche, auch das vom 05.11.2003, an dem auch ein Fachmann teilgenommen hat. Sie bemängelt, dass innerhalb der Verwaltung die nötigen Fachkenntnisse gefehlt haben, um den Betreibern widersprechen zu können. Sie beschwert sich ebenfalls darüber, dass die Verwaltung den Stadtratsbeschluss nicht umgesetzt und sie als Teilnehmerin an dem „Runden Tisch“ nicht die nötigen Informationen erhalten hat, um sich darauf vorzubereiten. Sie stellt fest, dass die Verwaltung wenig Möglichkeiten hat, um entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Abschließend stellt sie fest, dass auch der Fachberater in der gestrigen Sitzung die Auffassung vertreten hat, zunächst alle Erweiterungen und Neubauten abzulehnen. Auch sollte nochmals ein Treffen mit den Betreibern stattfinden. Der Berater habe sich auch bereit erklärt, als Fachmann an diesem Treffen teilzunehmen und der Stadt zur Verfügung stehen würde.

Aufgrund einer eingehenden, teils heftigen Diskussion, regt Stadtrat Weiglein an, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und neu zu überarbeiten.

2. Bgmin. Gold ist dagegen der Auffassung, alle Erweiterungs- und Neubauanträge abzulehnen, um zunächst dagegen zu wirken.

Stadtrat Weiglein ist damit einverstanden und besteht darauf, dass alle Fristen überprüft werden und wenn möglich Rechtsmittel eingelegt werden sollen.

Stadtrat Rank beantragt noch die Überprüfung der Gestaltungssatzung, inwieweit hierüber Einfluss auf das Thema Mobilfunk ausgeübt werden kann.

B) – Mit 27 : 1 Stimme –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, alle in der Anlage aufgeführten Erweiterungs- und Neubauwünsche abzulehnen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betreiber vom Ergebnis zu unterrichten. Bei wesentlichen neuen Erkenntnissen ist der Stadtrat wieder zu beteiligen.

**5. Anrufsammeltaxi (AST) Kitzingen;
Vereinbarung mit dem OVF / Rahmendaten**

A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

- a) CSU-Stadtratsfraktion
Die CSU spricht sich für einen Komfortzuschlag von 0,75 € aus. Dieser soll für Erwachsene und Kinder gelten.
- b) SPD-Stadtratsfraktion
Die SPD hingegen stimmt für einen Komfortzuschlag in Höhe von 0,70 €.
- c) UsW-Stadtratsfraktion
Auch die UsW befürwortet einen Komfortzuschlag von 0,70 €
- d) FBW-Stadtratsgruppe
Die FBW stimmt für 0,70 € als Komfortzuschlag.
- e) KIK-Stadtratsgruppe
Die KIK schließt sich der Meinung der CSU an und stimmt für 0,75 € als Komfortzuschlag.
- f) ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt stimmt dagegen, da sie sich auch gegen das AST ausgesprochen hat. Für sie ist dies kein ÖPNV.

B) – Mit 15 : 13 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, eine Vertragsergänzung mit dem OVF auf Grundlage folgender Eckdaten abzuschließen:

Komfortzuschlag – einheitliche Erhöhung auf 0,70 €.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, eine Vereinbarung mit den o.a. Inhalten abzuschließen.

C) – Ohne Abstimmung –

Es besteht Einverständnis, eine Vertragsergänzung mit dem OVF auf Grundlage folgender Eckdaten abzuschließen:

Defizitbeteiligung	- Monatliche Vergütung an die Stadt in Höhe von 10 % der Fahrgeldeinnahmen
Behinderten-Pauschale	- Erhöhung von derzeit 4,34 % auf ca. 7,3 %

6. Zwischenbericht zum Haushalt 2003

A) Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer führt seinen Zwischenbericht zum Haushalt 2003 aus und verdeutlicht diesen anhand von Folien.

Stadtrat Rank bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den Kitzinger Firmen, die Gewerbesteuer leisten.

Auf seine Frage nach Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Freiwillige Leistungen“, erwidert Bgm. Böhm, dass eine Einladung zur zweiten Sitzung erfolgen wird.

B) – Ohne Abstimmung –

Von dem in der Anlage beigefügten Zwischenbericht zur Haushaltsabwicklung 2003 wird Kenntnis genommen.

7. Hinweis von Berufsmäßiger Stadtrat Groß; Antrag der UsW vom 02.07.2003 – Stellplatzablöse

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erinnert an den Antrag der UsW bezüglich der Überarbeitung der Stellplatzablöse. Er sagt zu, dass diese Angelegenheit am 20.11.2003 im Stadtrat behandelt werden wird.

8. Hinweis von Stadtrat Heisel; Denkmal im Stadtteil Siedlung defekt

Stadtrat Heisel weist darauf hin, dass das Denkmal im Stadtteil Siedlung einen Riss hat und bittet diesen Schaden beheben zu lassen.

9. Anfrage von Stadtrat Müller:
Umsetzung Beschluss Aqualogic

Stadtrat Müller erinnert an den Beschluss in Sachen Aqualogic am 01.04.2003. Er erinnert weiter, dass im November hierzu ein kompletter Bericht vorgelegt werden sollte.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt zu, dies zu prüfen.

10. Anfrage von Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene:
Antrag der SPD in Sachen Budgetierung

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene bezieht sich auf den Antrag der SPD-Fraktion, das Hauptamt sowie Teile des Bauamtes zu budgetieren. Er fragt nach dem Sachstand.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die Budgetierung zum 01.01.2004 erfolgen wird. Das Bauamt wird in den Verwaltungsbereich budgetiert, der Bauhof und die Gärtnerei erst zum 01.01.2005. Auch werden einige Sportanlagen budgetiert. Die Hauptverwaltung hat sich freiwillig bereit erklärt, sich zum 01.01.2004 budgetieren zu lassen. Ebenso werde der Unterabschnitt des Oberbürgermeisters budgetiert sowie insbesondere auch die Feuerwehr. Dies alles erfolgt im Rahmen der Erstellung des Haushaltsentwurfes 2004, in enger Abstimmung zwischen Kämmerei und budgetierter Einrichtung.

11. Bitte von Stadträtin Wallrapp:
Kürzere Öffnungszeiten der Bahnpost

Stadträtin Wallrapp berichtet, dass die Bahnpost ihre Öffnungszeiten verkürzen will. Sie ist der Auffassung, dass dies nicht sinnvoll ist, zumal die Stadtpost nicht mehr existiert und die Postagentur im Kaufhaus Storg schlecht angegangen wird (Parkplatzproblematik). Sie bittet eindringlich darum, dass der Oberbürgermeister gegen diese kürzeren Öffnungszeiten angehen soll.

12. Anfrage von Stadtrat Müller:
Beschluss Bebauungsplan Hammerstiel

Stadtrat Müller will wissen, wann der Beschluss in Sachen Hammerstiel im Stadtrat beschlossen werden soll.

Bgm. Böhm erwidert, dass dies am 04.12.2003 der Fall sein wird.

Dipl.-Ing. Lepelmann fügt noch an, dass der Bebauungsplan zwar fertiggestellt ist, aber noch Details abgesprochen werden müssen.

Stadtrat Heisel regt an, dass die UsW einen Antrag stellen sollte auf Aufhebung des alten Stadtratsbeschlusses, falls sie einem Bebauungsplan nicht zustimmen könne.

Der Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.08 Uhr.

Bürgermeister
 gez.
 Böhm

Protokollführerin
 gez.
 Rose